

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 6. Dezember 1887.

Nr. 570.

Deutscher Reichstag.

7. Plenarsitzung vom 5. Dezember.

Das Haus und die Tribünen sind mäßig besetzt.

Am Bundesrathstische: Kriegsminister Bronsart von Schellendorff und Chef der Admiralität General-Lieutenant von Caprivi und mehrere Kommissarien.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 11¹/₂ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Eingegangen sind die Gesetzentwürfe betreffend den Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichts-Verhandlungen und betreffend die Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen.

Tagesordnung:

Erster Gegenstand ist die erste Verathung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.

Bundeskommissar Geh. Ober-Regierungsrath Schröder giebt einen Ueberblick über die Geschichte des gegenwärtigen Gesetzentwurfes und erläutert denselben mit wenigen Worten, indem er weitere Darlegungen für die Detailverathung in Aussicht stellt. Der Entwurf stelle eine Verbesserung des gegenwärtigen Rechtszustandes dar, indem er eine Angelegenheit, welche in verschiedenen Einzelstaaten verschiedenartig geregelt sei, einer einheitlichen Regelung für das ganze Reich entgegenführe; derselbe lehne sich an das diesbezügliche preussische Gesetz an und beschränke die zu gewährende Unterstützung auf den Fall einer Mobilmachung oder notwendige Verpflegung des Heeres oder der Flotte.

Abg. Freiherr von Ellrichshausen (Deutsche Reichspartei) begrüßt die allen Parteien des Hauses sympathische Vorlage, die er an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen bittet; außerdem giebt er dem Wunsche auf baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffend die Unterstützung der Angehörigen von Reservisten und Landwehrleuten auch während der Friedenszeit Ausdruck.

Abg. Dr. Baumbach (Deutschfrei.) erklärt sich mit einer Verathung der Vorlage in der Kommission einverstanden und giebt anheim, in derselben die Höhe der Unterstützungssätze einer genauen Prüfung zu unterziehen und dem Gesetze eine Bestimmung einzuverleiben, nach welcher das Reich die volle Gewähr für eine entsprechende Unterstützung übernehme, damit nicht etwa schlechtere die Minimalhöhe in den Einzelstaaten maßgebend erachtet würden.

Nachdem sich Abg. Haupt (nat.-lib.) mit der Tendenz der Vorlage, sowie mit der Ueberweisung der letzteren an eine Kommission einverstanden erklärt, spricht auch

Abg. Harms (Sozialdemokrat) seine Befriedigung über die Vorlage aus, welche lediglich einer von seiner Partei bereits seit längerer Zeit erhobenen Forderung entspreche.

Abg. v. Kleist-Retzow (Deutschkons.) begrüßt auch seinerseits die Vorlage mit großer Befriedigung, glaubt jedoch auf das entschiedenste dagegen protestiren zu müssen, daß eine einzelne Partei ein besonderes Verdienst bezüglich der Anregung dieser Vorlage in Anspruch nehme, welche allen Parteien sympathisch sei und welche gleichzeitig wieder einen neuen Beweis der Fürsorge der verbündeten Regierungen für die zeitweise ihres Ernährers entbehrenden Familien bilde. Redner, welcher sodann zu einer sachlichen Kritik der Vorlage übergeht, macht einige Bedenken geltend, welche er in der Kommission geprüft wissen will. Namentlich beziehen sich die letzteren auf die Zusammenfassung der für jeden Lieferungsverband zu bildenden Kommission, die sowohl über die Unterstützungs-Bedürftigkeit der einzelnen Familien, als auch über den Umfang und die Art der Unterstützung endgültig zu entscheiden haben soll. Nachdem er sodann den Ausführungen des deutschfreisinnigen Redners gegenüber vorübertriebenen Forderungen gewarnt, giebt er nochmals seiner Genugthuung über die äußerst dankenswerthe Vorlage Ausdruck. (Beifall rechts.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff belächelt zunächst auf das entschiedenste die Legendenbildung, als ob die Idee einer Unterstützung der Familien der vor dem Feinde stehen-

den Mannschaften der Initiative der sozialdemokratischen Partei entsprungen sei; es handle sich bei der gegenwärtigen Vorlage lediglich um eine zeitgemäße Umbildung des preussischen Gesetzes von 1850, einer Zeit, in welcher doch an eine sozialdemokratische Partei noch nicht zu denken gewesen. Bezüglich der Ausführungen des freisinnigen Redners erklärt der Minister, daß es doch nicht anzüglich sei, die Höhe der Minimalhöhe in Verbindung mit Fällen höchster Bedürftigkeit zu diskutieren; eine die Gewähr des Reiches sichernde bindende Bestimmung werde durch die Fassung des § 12 ausgeschlossen, nach welchem der Umfang und die Höhe der aus Reichsfonds zu gewährenden Entschädigung durch jedesmaliges Spezialgesetz des Reiches bestimmt werden solle. Ueber die größere oder geringere Dringlichkeit des vorliegenden oder eines Unterstützungsgesetzes für die Friedenszeit lasse sich streiten, allein im Kriegsfall sei doch die Unterstützungsbedürftigkeit schon insofern eine größere, als bei demselben die Abwesenheit der eingezogenen Mannschaften von längerer Dauer sei. Der Minister verweist gegenüber einem weiteren Verlaufe des Abg. Singer (Sozialdem.) das Verdienst der Initiative in Bezug auf die gegenwärtige Materie für seine Partei in Anspruch zu nehmen, auf die der Vorlage beigegebene Begründung, in welcher festgestellt werde, daß die Bestrebungen nach einer neuen einheitlichen Regelung der Unterstützungen für die Familien zur Fahne einberufener Mannschaften bis in den Anfang des vergangenen Jahrzehntes zurückreichten; auf Grund dieser Thatsache müsse er gegen die bereits zuvor gekennzeichnete sozialdemokratische Legende auf das entschiedenste Verwahrung einlegen. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen; es folgt die erste Verathung des Entwurfes eines Gesetzes betr. den Verkehr mit Wein.

Bundeskommissar Direktor im Reichsgesundheitsamt Köhler giebt eine kurze Entstehungsgeschichte der Vorlage und erläutert dieselbe sodann vom hygienischen Standpunkte aus. Die gegenwärtig bestehenden Gesetze hätten sich infolge als gänzlich ungenügend erwiesen, als sich weitgehende Meinungs-Unterschiede über die Zulässigkeit gewisser Zusätze herausgestellt hätten. Die gegenwärtige Vorlage sei das Produkt sorgfältigster Prüfung seitens des Bundesrathes und derselbe habe sich, um die Materie nicht unnötig zu belassen, darauf beschränkt, einige entschieden schädliche Stoffe von der Weinfabrikation vollständig auszuschließen.

Abg. Bürklin (nat.-lib.) bedauert, daß das Gesetz sich in so engem Rahmen bewege und vermisse namentlich ein Verbot der Kunstfabrikation, welche stets mit schlechten, gesundheitsschädlichen Stoffen zu thun habe. Es sei nicht recht begreiflich, warum die Regierung bei den Strafbestimmungen hinter den Strafen des Nahrungs-mittelgesetzes zurückgeblieben sei. Vielleicht wolle die Regierung wenigstens die Garantie, daß sie kein gesundheitsgefährliches Getränk erhalten. Es soll deshalb noch nicht verlangt werden, daß die Deklaration der Verbesserung des Weines so ausfalle, wie zum Beispiel bei der Kunstbutter die Bezeichnung Margarine. Die Etiquette giebt nun einmal dem Genuß eine gewisse Illusion. Aber diese Illusion der Konsumenten soll nicht wirtschaftlich ausgebeutet werden. Wenn man die jetzt übliche Methode der Weinvermehrung, das Gallistren und Petiotisieren, unbeschränkt zuläßt, so wird unser ganzer Weinbau schließlich benachtheiligt. Die Franzosen haben ihre weltbeherrschende Stellung nicht der Weinschmierelei zu verdanken, sondern gerade ihrem soliden Geschäftsbetriebe.

Seitdem die Reblass die französischen Weinberge heimgejagt hat, hat man dort zur Schmierelei gegriffen und was war die Folge? Die süddeutschen Rothweine haben mit den französischen mit Erfolg konkurriren können. Deshalb sage ich: Principiis obsta! Redner beantragt schließlich die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Vamberger (Deutschfr.): Der vorliegende Entwurf hat eine große Täuschung hervorgerufen. Man hat allerorts ein anderes Gesetz erwartet. Wir werden auf die Zukunft verwiesen. Welche Beleuchtung soll denn die Zukunft noch bringen! Die Gegensätze der Meinungen sollen eine gesetzliche Regelung hindern! Ist der Gegensatz der Meinungen in der Getreidezollvorlage nicht mindestens ebenso groß und läßt man sich dadurch von der Vorlage abhalten? Wenn die Weinfrage durch einen Zoll gelöst werden könnte, hätten wir schon längst einen solchen und zwar sehr hohen Zoll. Es handelt sich darum, ob wir das, was die Natur uns verlagert, durch menschliche Hülfe ersetzen sollen, ob wir den Wein versüßen, für den in anderen Ländern die Sonne diese Aufgabe übernimmt. Wein ist kein Naturprodukt. Was ist überhaupt Natur? Herr Gehlert, der neulich so viele philosophische Probleme entwickelt hat, hätte vielleicht eine Definition dafür geben können. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist die Natur nicht so unnatürlich, daß sie verlange, ich solle saure Weine trinken, wenn ich süße trinken kann oder will. Es handelt sich hier lediglich um Fragen des Interesses, eine Frage der Großen gegen die Kleinen. Die Großen wollen dem saueren Wein das Leben noch saurer machen. Man will den kleinen Winzern, welche von Wind und Wetter mehr abhängig sind als alle anderen Landwirthe, die einzige Möglichkeit nehmen, das Fehlen der Sonne zu ersetzen durch eine unschädliche Zusetzung von Zucker, um einen genießbaren Wein herzustellen. Die gegenwärtige Rechtsprechung ist geradezu empörend. Der Spruch des obersten Gerichtshofes sagt: Der ausländische Wein kann hergestellt werden, wie er will, aber der inländische Weinbändler muß bestraft werden. Man will zu Gunsten des Auslandes einen großen Theil unserer Weinproduktion ungenießbar machen. Eine solche Rechtsprechung ist auf die Dauer gar nicht haltbar. Die Richter sind nicht anzuklagen. Der Fehler liegt daran, daß wir das, was wir selbst nicht machen können, den Richtern aufspaden. Deshalb sollten wir uns — Sie entschuldigen den Ausdruck — diesmal nicht wieder blamiren und ein Gesetz machen, was gar nichts sagt. Es wird allgemein behauptet, es seien eine ganze Menge Stoffe als verboten aufgezählt, an deren Verwendung kein Mensch denkt! (Heiterkeit.) Die Frage des Kunstweins ist gar nicht behandelt worden, trotzdem sich Niemand dieser Verfassung annehmen will. Warum soll der Genuß des Weines verbittert werden durch die Bezeichnung des Weines als verfeinert? Dann werden die meisten Leute den Weingenuß ganz aufgeben und lieber Bier trinken. Wenn ich bei einer Flasche Wein sehe, die mir schmeckt, und jemand zu mir käme und sagte: „Zu diesem Wein ist Zucker zugesetzt“, so würde ich ihm sagen: „Wein Herr, hole Sie der Teufel!“ Und so sage ich auch zu einer solchen Gesetzgebung. (Heiterkeit.)

Abg. Menzer (Kons.) bekämpft gleichfalls das Verbot der Weinverbesserung. Die gegenwärtige Vorlage kann Redner unbedenklich annehmen, wenn dieselbe auch dem Weinbau nicht in genügender Weise Rechnung trage, sondern vielmehr auf einseitig sanitärem Boden stehe. Der Begriff „Wein“ sei vollständig klar und derartig festzustellen, daß jeder wissen könne, was verboten sei oder nicht; mit einer kommissarischen Prüfung könne er sich nur einverstanden erklären.

Nachdem sich Direktor Köhler noch einmal für Annahme der Vorlage ausgesprochen, deren einzelnen Positionen ganz positive Thatsachen zu Grunde lagen, und nachdem sich auch die Abgg. Dr. Lingens (Centrum) und Dr. von Cuny (nat.-lib.) für die Verweisung der zu eingehender Prüfung reichliche Veranlassung gebenden Vorlage an eine Kommission ausgesprochen, wird der Entwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Erste Lesung der die Abänderung des Gerichts-Verfassungsgesetzes betreffenden deutschfreisinnigen Anträge.

Schluß 4¹/₂ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 5. Dezember. Die Budgetkommission des Reichstags setzte heute ihre Verathung bei dem Etat der Reichseisenbahnen fort. Abg. Sattler machte auf eine Verschiedenheit aufmerksam, welche bei der Eisenbahnverwaltung des Reichs und Preussens besteht. Während man in Preussen allmählig für das Personal des Zugbetriebes u. s. w. das System der Alterszulagen an Stelle des Avancements nach Anciennetät einführt, hält man im Reich an dem alten System fest, obgleich hier in der kleineren Verwaltung noch stärkere Gründe der Billigkeit gegenüber den Beamten für den Uebergang zu Dienstalterszulagen sprechen. Geh. Rath Rintel erwiderte, daß der Reichseisenbahnverwaltung sei das Bedürfnis nach Alterszulagen noch nicht so stark hervorgetreten wie in Preussen, weil die Verwaltung eine verhältnismäßig junge sei; man erwäge aber, ob dem Beispiel Preussens zu folgen sei. Die stärkere Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Telegraphendienst der Reichseisenbahnen wurde ebenfalls gebilligt. Auf Anfrage des Abg. Schrader, ob die Erneuerungsfonds der Abnutzung entsprechen und ob nicht demnächst bedeutende Erhöhungen der betreffenden Titel zu erwarten seien, erwiderte Geh. Rath Rintel, daß eine derartige Erhöhung nicht zu erwarten sei. Für die im Extraordinarium geforderten 400,000 Mark zur Weiterführung der Eisenbahn Straßburg-Rothau bis Saales sei eine genügende Verzinsung zu erwarten, ebenso für die Sekundärbahn Bismarck-Jugweiler. Die Linien wurden bewilligt, ohne daß damit der Frage des Baues der in der Denkschrift erwähnten Anschlußbahnen präjudicirt wird. Beim Etat des Reichsamts des Innern theilte Staatsminister von Bötticher auf Anfrage mit, daß die durch die Presse gegangenen Gerüchte betreffs Besetzung der Stelle des Vorsitzenden der Zentraldirektion der Monumenta Germaniae historica falsch seien, es würden nach entsprechender Veränderung des Statuts zwei Kandidaten vom Direktorium präsentiert. Angestellt solle kein Verwaltungsbeamter, sondern ein Gelehrter werden und zwar im Hauptamt. Bei der Forderung für Hochseifischeret bemerkte Geh. Rath Weymann, daß es unmöglich sei, einen festen Plan für die Verwendung der Mittel zu machen, man verwende die immerhin geringe Summe (gering im Verhältnis zum Bedürfnis) im Sinne der dem Etat für 1886-87 beigegebenen Denkschrift. Blicke Geld zur Verfügung, so sei in erster Linie der Bau von Zufluchtsorten zu fördern (in Verbindung mit den Landesregierungen); zur Anlage eigentlicher Fischerhäfen reichte die verfügbare Summe in keiner Weise aus. Abg. Graf Wehr wünschte, daß den Fischern Pommerns Beihilfen zur Beschaffung größerer Boote gewährt werden. Die einmaligen Ausgaben, darunter der nachträgliche Beitrag für die Restauration der Katharinenkirche zu Oppenheim, wurden widerspruchslos bewilligt.

Der preussische Volkswirtschaftsrath hat seine Sitzungen heute begonnen. Diese sind bekanntlich nicht öffentlich; einige Mitglieder des Reichstages, welche gleichwohl auf den Zuhörtribünen des Herrenhaus-Saales erschienen waren, saßen sich genöthigt, dieselben zu verlassen. Es waren einige fünfzig Mitglieder des Volkswirtschaftsraths erschienen. Der Staatssekretär im Reichsamt des Innern begrüßte die Versammlung und theilte ihr mit, daß die Grundzüge des Gesetzes über die Altersversorgung der Arbeiter den einzigen Verathungsgegenstand bilden würden. Ein Bureau wurde nicht gewählt. Der Staatssekretär v. Bötticher übernahm die Leitung der Verhandlungen und rief die Redner, welche sich meldeten, zum Worte auf. Man trat sofort in die allgemeine Debatte ein. Es wird ein Ausschuss von 25 Mitgliedern gewählt werden, dem es obliegen wird, die weiteren Verathungen vorzubereiten.

Einem Bericht über die heutige Verhandlung entnehmen wir Folgendes:

Es hatten sich von den 74 Mitgliedern 62

eingefunden. — Als erster Redner sprach sich Herr von Nisselmann im Allgemeinen für die Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung aus, wünschte jedoch für die Landwirtschaft nach Möglichkeit bei der Durchführung des Gesetzes Erleichterungen gewährt zu sehen. — Herr Stadtrath Hagen-Königsberg bekannte sich als prinzipiellen Gegner der Grundzüge in allen ihren Theilen und glaubte, daß es sowohl im Allgemeinen als auch im Interesse des Arbeiters keine glückliche Wahl der Maßregel sei, deren Durchführung mit denselben vorgeschlagen würde. Auch befürchte er, daß durch das Gesetz die Arbeiter in eine noch größere Abhängigkeit von den Arbeitgebern wie bisher gerathen würden. Bei näherem Eingehen auf die Vorlage bemängelte er hauptsächlich die geringe Höhe der Renten. — Herr Waldeyer (Landwirth) trat vom Standpunkte der Landwirtschaft aus für die Annahme der Vorlage ein. — Herr Gehelmer Bergrath Leuschner begrüßte gleichfalls die Vorlage als ihm sehr sympathisch und wünschte hauptsächlich als eigentlichen Träger der Versicherung eine Reichsversicherungsanstalt, wobei den Berufsvereinigungen immerhin eine entsprechende Mitwirkung gewährt werden könnte. — Herr Kommerzienrath Dr. Jansen bedauerte es, daß sich überhaupt Stimmen gefunden hätten, welche sich gegen die Durchführung der so segensreichen vorgeschlagenen Institution aussprechen zu müssen geglaubt hätten. Bei aller Anerkennung, welche Redner den Verdiensten unserer Berufsvereinigungen zollte, betonte derselbe, daß die letzteren für einen so weitgehenden Zweck, namentlich was die Finanzverwaltung und das Rechnungswesen angehe, nicht geeignet sein dürften, jedoch war er der Ansicht, daß einer Mitwirkung der Berufsvereinigungen bei den materiellen Fragen, der Feststellung der Invalidität der Arbeiter, der Einziehung der Beiträge, der Kontrolle der Versicherten u. s. w. kaum zu entzählen sein würde. Was die beabsichtigte Dreitheilung der erforderlichen Mittel betreffe, so glaube er, daß dabei wohl das Nichtigste getroffen sei. Ganz besonderen Werth legte der Redner, indem er den sozialpolitischen Charakter der Vorlage betonte, auf den Beitrag des Reichs und erklärte, daß, falls dieser Beitrag nicht gewährt werde, für ihn die ganze Vorlage unannehmbar sei. Bezüglich der Aufbringung der Mittel empfahl Herr Dr. Jansen ein kombiniertes Verfahren, und zwar die Erhebung einer bestimmten Prämie für eine Reihe der nächsten Jahre und für später das Umlageverfahren. Gegen das reine Kapitalbedarfsverfahren spreche allein schon der Umstand, daß dabei eine Menge von Kapital suchendem Kapital auf dem Markte erscheinen und der Zinsfuß in ganz bedenklicher Weise herabgedrückt werden werde. — Der Berliner Finanzrath Dr. Jander: Die Wahl der Berufsvereinigungen sei deshalb unzutreffend, weil die Arbeiterzahl in den einzelnen Berufsvereinigungen nicht stabil sei. Durch Errichtung einer einheitlichen Reichsversicherungsanstalt ließe sich den Schwierigkeiten, die hieraus, sowie aus dem Umstande erwachsen, daß den Berufsvereinigungen durch Uebertragung weiterer Funktionen an dieselben die Erfüllung der ihnen für die Unfallversicherung obliegenden Pflichten erschwert wird, event. abhelfen. Dagegen würden bei Annahme des Grundgedankens des Gesetzes den Berufsvereinigungen eine Menge von Arbeiten aufgegeben, die ihnen bisher fremd gewesen seien, wie Anlage der Gelder, Kassenwesen, Verkauf der Marken. Geh. Rath Jander schloß sich im Wesentlichen bezüglich des Reichszususses an der Ausbringung der Mittel dem Vordränger an. Das System der Beifassung der Marken in den Quittungsbüchern hielt er für wohlangebracht. — Herr Tischlermeister Vorderbrügge sprach sich im Sinne der Vorlage aus, wünschte indessen, daß für diejenigen Arbeiter, die nur eine Einnahme bis 300 Mk. hätten, das Reich eintrete, da diese Arbeiter die Aufbringung einer Prämie für die Zwecke der Versicherung füglich nicht zugemuthet werden könne. — Hierauf verlagte sich die Versammlung auf Dienstag 10 Uhr, und die verschiedenen Sektionen traten zur Wahl des engeren Ausschusses zusammen, in welchem die einzelnen Punkte der Grundzüge einer eingehenden Vorberatung unterworfen werden sollen. In diesen Ausschuss wurden gewählt: von der Sektion für Industrie und Gewerbe die Herren Geh. Rath Jander, Kommerzienrath Jansen, Geh. Rath Leuschner, Tischlermeister Vorderbrügge und Hauptmann a. D. Schimmelfennig - Königsbütte sowie deren erste und zweite Stellvertreter; von der Sektion für Handel, in welcher von der Wahl der Stellvertreter abgesehen wurde, die Herren Kalle, Hagen, Kochmann, Passavant und Frenkel.

— Auch die „Nat.-lib. Kor.“ spricht sich für die gezielte Anordnung des Brodverkaufs nach Gewicht aus, bemerkt aber gegen die Einzelheiten des Antrags Votum: „Uns scheint am besten, von der Vorschrift bestimmter Gewichtsgößen für den einzelnen Laib Brod ganz abzugehen und lediglich zu bestimmen: Brod darf nur nach Gewicht verkauft werden, und zwar ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer von dem selben Berlangte unaufgefordert vorzuwiegen. Alsdann wird sich die Sache in der Praxis so gestalten, daß der Käufer entweder sich ein Brod auskaut und das selbe in die Waage stellt, worauf er sich den Preis selbst berechnen kann oder eine bestimmte Gewichtsmenge Brod verlangt, die er, einzeln ob in einem oder in mehreren Stücken, eingewogen erhält. Genau diese Art des Brodverkaufs besteht z. B. in Italien, so daß dort eine Ueberschneidung des Käufers — vom direk-

ten Betrage natürlich abgesehen — schließlich ausgeschlossen ist.“

— Der ehemalige englische Botschafter in Paris, Lord Lyons, ist heute Vormittag gestorben.

Lord Lyons, welcher in diesem Jahre von seinem Pariser Posten zurückgetreten, hat denselben etwa zwei Jahrzehnte hindurch bekleidet. Er stand jetzt im 71. Jahre. Die diplomatische Laufbahn betrat er 1839 als Attaché der Gesandtschaft zu Athen, 1852 wurde er zur Gesandtschaft in Dresden, 1853 zu derjenigen in der Regierung von Treviso versetzt. Als Gesandter in Nordamerika, vom Dezember 1858, machte er sich um die englischen Interessen während des Bürgerkrieges sehr verdient. Im Jahre 1865 wurde er hier durch Sir Frederik Bruce ersetzt und selbst nach Konstantinopel geschickt, wo er die Stelle des englischen Botschafters bis 1867 inne hatte. Im Juli des letztgenannten Jahres wurde er als Nachfolger Cowley's zum englischen Botschafter in Paris ernannt, welchen Posten er erst in diesem Jahre aufgegeben hat, um sich der Pflege seiner Gesundheit zu widmen. Er hat den Abschluß seiner öffentlichen Laufbahn nur um wenige Monate überlebt.

Ausland.

Brüssel, 5. Dezember. Die gesammte belgische Presse begrüßt die Wahl des Präsidenten Sadi Carnot als eine eminente Friedensgarantie.

Paris, 4. Dezember. Wie der „Figaro“ mittheilt, soll sich der neue Präsident in Folge der Aufforderung zahlreicher Mitglieder des Kongresses entschlossen haben, sich in Zukunft nur Carnot zu nennen. Er hatte seinem Vaternamen Carnot den Namen Sadi vorgesetzt, um Verwechselungen mit seinem Vater, dem greisen Senator Lazare Hippolyte Carnot zu vermeiden. Wie Carnot der Sohn zu dem Namen Sadi gekommen ist, das scheint noch nicht klar gestellt zu sein. „Figaro“ berichtet, der jetzige Präsident habe zum Taufpaten einen Onkel gehabt, der in der Revolutionszeit geboren worden sei. Damals habe nun jeder Republikaner, der sich selbst geachtet, sich geweigert, seinen Kindern den Namen eines Heiligen zu geben, und so habe jener Onkel als Pseudonym den Namen des persischen Dichters Sadi erhalten, der dann auf den Neffen übergegangen sei.

Die Ansprache des neuwählten Präsidenten bezeugt seine Aufgabe als die der Beruhigung im Innern und der „Würde“ nach Außen. Wir wollen mit diesen, in der Aufregung des Augenblicks gesprochenen Worten nicht zu genau rechnen, sonst würde uns die Betonung der „Würde“, die selbstverständlich ist und die Niemand anzutasten denkt, als eine rhetorische Figur von zweifelhaftem Werthe erscheinen.

Rom, 5. Dezember. Die hiesigen Journale drücken in lebhaften Worten ihre Sympathie für den Präsidenten Sadi Carnot aus.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 6. Dezember. Für die Ermittlung von Dieben auf Eisenbahnen, Bahnstrecken, sowie für die Abwendung betriebgefährlicher Ereignisse hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Eisenbahndirektionen und Betriebsämter zur selbstständigen Bewilligung von Belohnungen bis zur Höhe von 300 Mk. — auch ohne vorherige Auslobung — ermächtigt. Den Beamten und Arbeitern der Eisenbahn-Verwaltung sollen nur in ganz außergewöhnlichen Fällen Prämien gezahlt werden.

— Eine neuerdings erlassene Ministerial-Befugung bestimmt, daß Kaaben, deren Aufnahme in die Serte einer höheren Lehranstalt mit nur jährlichem Aufnahme-Termin im Laufe des Jahresfusses, etwa zu Michaelis, gewünscht wird, und bei entsprechenden Kenntnissen ausnahmsweise zulässig ist, zu Anfang des Kurses, am 1. April, das Alter von mindestens 8 Jahren 6 Monaten erreicht haben müssen.

— Der Herr Finanzminister hat auf mehrfache ausgesprochene Wünsche genehmigt, daß die am 1. eines jeden Monats fälligen Zivill-Pensionen künftig in den Fällen, wenn der erste und zweite Monatstag auf Sonn- bezw. Festtage fallen, schon am letzten Tage des betreffenden Vormonats ausbezahlt werden.

— Von Seiten des Magistrats ist der Igl. Polizeidirektion ein solches Einmalkünd, Jahres-Zahl 1875, eingereicht worden, welches in einer der städtischen Kassen vereinnahmt ist.

— In den ausgedehnten Baumschulen der Herren Haffner und W. Junge in Madesow bei Tanten werden jetzt alljährlich Lehrgänge für Gemeindegärtner abgehalten werden und hat ein solcher soeben begonnen. Der Kursus dehnt sich aus auf Baumschneiden und Pflege (Pflanzung, Düngung, Insektenvergiftung), Sortenkenntnis, Ernte, Aufbewahrung und Verwertung des Obstes. Mit Rücksicht darauf, daß es für die Landeskultur von höchster Bedeutung ist, daß überall richtiges Verständnis für den Obstbau vorhanden sei, hat der Herr Ober-Präsident Veranlassung genommen, auf diese Lehrgänge besonders hinzuwirken.

— Die königl. Polizei-Direktion macht bekannt, daß das Befahren des Zachariasganges nur von der großen Laßkade aus gestattet ist.

— Zur Beschaffung einer Uhr für den Sitzungssaal der Stadtverordneten im hiesigen Rathhaus hat Herr Direktor Dr. Amelung dem Betrag von 600 Mark gestiftet.

— Herr Direktor E. Schirmer gastirt zur Zeit mit großem Erfolg am Stadttheater in Greifswald.

— Die Menschenfreundlichkeit verlangt es, daß man den Nächsten in Fällen der Noth unterstützt und auch das Strafgesetz bedroht den mit Strafe, der die Nothlage eines Anderen ausbeutet, um für sich selbst Vorthelle zu erringen. Aber trotzdem finden sich immer wieder Biedermänner, welche zwar auch bereit sind, ihren Mitmenschen aus der Noth zu helfen, aber nicht unter 20 — 100 Prozent. Seit Einführung des Wuchergesetzes hat sich allerdings das Korps dieser Biedermänner bereits sehr verringert, aber noch ist es nicht ganz verschwunden, denn immer hat sich das Gesetz wieder mit derartigen Personen zu beschäftigen. So stand gestern wieder der Althändler Ephraim Bach von hier vor der Strafkammer 3 des hiesigen Landgerichts unter der Anklage des Wuchers; dieselbe Anklage beschuldigte bereits am 3. Juni d. J. die Strafkammer und haben wir s. Z. den Thatbestand derselben ausführlich mitgetheilt, wir können uns daher heute auf eine kurze Resumirung beschränken. Bach ist beschuldigt, einem früher hier wohnhaft gewesenen Bahnsekretär Sch. mehrfach für Darlehen ganz enorme Zinsen abgenommen zu haben und zwar unter Ausbeutung der Nothlage des Sch. B. ließ sich meist bei Hergabe eines Darlehens einen um 50 Prozent höheren Wechsel ausstellen, als er thatsächlich baar Geld hergab; wurde der Wechsel am Fälligkeits-Termin nicht eingelöst, so wurde derselbe zwar prolongirt, aber der neu auszustellende Wechsel wurde um Wucherprocente erhöht. Auch mit anderen Personen hielt Bach solche unlauteren Geschäftsverbindungen, so mit einem Kommunalbeamten von auswärts und auch mit einem hiesigen Geschäftsmann. Diese Fälle wurden aber vom Gerichtshof nicht als Wuchergeschäfte angesehen, weil diese Personen selbst einen Vortheil für sich durch das geliehene Geld haben wollten. Dagegen hielt der Gerichtshof die Geschäfte mit dem Bahnsekretär Sch. ungewöhnlich für Wuchergeschäfte und erkannte wegen derselben gegen Bach auf 3 Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe event. noch 30 Tage Gefängnis.

— In der Woche vom 24. Nov. bis 3. Dez. sind hieselbst 27 männliche, 16 weibliche, in Summa 43 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 21 Kinder unter 5 und 8 Personen über 50 Jahre. Von den Kindern starben 4 an Durchfall resp. Brechdurchfall und 1 an Diphtherie. Von den Erwachsenen starben 2 an Schlagfluß, je 1 an Diphtherie, Altersschwäche und in Folge von Selbstmord.

Kunst und Literatur.

Ein prächtiges Weihnachtsgeheim hat auch in diesem Jahre der Verlag von Karl Krabbe in Stuttgart fertiggestellt: *Hadlenders humoristische Schriften*, zwei stattliche Bände in dem beliebten Format der Fliegenden Blätter mit 473 Illustrationen von H. Schlittgen und anderen Münchener Künstlern. In Hadlenders Schriften waltet eine Kraft der Darstellung, eine dichterische Phantasie, welche jene nie und nirgends langweilig erscheinen läßt, die uns vielmehr fesseln und heute noch hingerissen vermögen. Wer sich froh und heiter unterhalten will in Bild und Wort, der greife zu diesen wahrhaft humoristischen Schriften. Die Ausstattung ist eine in jeder Beziehung würdige und geschmackvolle. Der Verleger hat hierin etwas ganz Vorzügliches geleistet.

[429]

„Die Familie Horst“ von Clementine Sprengel (Kattowitz D.-S., G. S. Winna) ist für junge Mädchen bestimmt und erfüllt diese ihre Bestimmung in mehr als einer Beziehung. Einfach und natürlich entwickeln sich die niemals indiskret, hervortretenden Lehren der Moral aus dem Gange der Handlung. Meist von Kindern handelnd für Kinder geschrieben, besitzt dieses Buch in seiner leichtesten kindlichen Sprache, die durch ihre Natürlichkeit angenehm berührt, einen nicht zu übersehenden Schatz, so daß die Erzählung zu Geschenken besonders für Mädchen zu empfehlen ist. Preis 3 Mark, elegant gebunden.

[434]

Der Zürichsee. Zürich bei Caesar Schmidt. Preis 1 Mark.

Dem Liebling Goethes und Klopstocks, dem Zürichsee, wird in diesem Buche ein würdiges literarisches Denkmal gesetzt. Auf 94 Seiten, die eine verschwenderische Fülle der herrlichsten Ansichten in meisterhaft dargestellten Abbildungen bergen, werden dem Leser und Touristen in anschaulicher Weise die dörfliche und städtischen Ufer geschildert.

[455]

Schachett, ein neues Kartenspiel von Hans Schöffel. Leipzig bei E. D. Weigel.

Das Schachett ist mit seinen Figuren dem Schach entlehnt und hat 52 Blätter. Das Spiel ist leicht faßlich und reich an interessanten Momenten. Nach Belieben und anregend, wird das Schachett nach Ueberwindung der ersten Einführungsschwierigkeiten unter dem gebildeten Publikum viele Freunde finden. Die Ausstattung der Spiele ist durchaus gefällig und reich. Sämmtliche Spiele haben Goldschnitt und sind in Hüllen enthalten, deren Ausstattung sich nach dem Preise richtet.

[459]

Schiffsbewegung.

— Der Schnelldampfer „Ems“, Kap. Th. Jüngst, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 23. November von Bremen abgegangen war, ist am 2. Dezember wohlbehalten in Rostock angekommen.

Bauwesen.

Österreichische 4prozentige 250 Fl.-Loose

von 1854. Die nächste Ziehung findet am 2. Januar 1888 statt. Gegen den Kursverlust von ca. 60 Mark bei der Auslösung übernimmt das Bankhaus Karl Newburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 2,20 Mark pro Stück.

Viehmarkt.

Berlin, 5. Dezember. Städtischer Zentral-Viehhof. Amtlicher Bericht der Direktion.

Zum Verkauf standen: 8541 Rinder, 8970 Schweine, 1169 Kälber, 5228 Hammel.

Das Rinder-Geschäft hatte, wenngleich sich etwas mehr Begehr für die Ausfuhr zeigte, äußerst flauen, gedrückten Verlauf. Bessere Mittelwaare war sehr stark vertreten und mußte billiger abgegeben werden. Der Markt wird nicht geräumt. Man zahlte für 1. Qualität 51—55 Mark, 2. Qualität 43—48 Mark, 3. Qualität 36—41 Mark, 4. Qualität 30—34 Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Bei Schweinen veranlaßte die geringe Zufuhr trotz sehr mäßigen Exports eine Preisbesserung gegenüber den vorigen Märkten; im Allgemeinen aber verlief der Markt nur langsam und ermattete zum Schlusse, so daß die notirten Preise in einzelnen Pfafen des Marktes kaum erzielt werden konnten und etwas Ueberstand verbleibt. Man zahlte für 1. Qualität 45—46 Mark, ausgefuchte Thiere zeitweise auch 47 Mark, 2. Qualität 43—45 Mark, 3. Qualität 39 bis 42 Mark pro 100 Pfund mit 20 Prozent Tara; Balonier (Auftrieb 329 Stück) 42—44 Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht mit ca. 50 Pfund Tara pro Stück, je nach Qualität.

Kälber guter passender Waare waren ziemlich glatt abzusetzen, dagegen war Mittelwaare langsam, ganz leichte geringe Waare sehr schwer veräußlich. Man zahlte für beste Qualität 46—55 Pfg., ausgefuchte Posten auch darüber, und für geringere Qualität 31—44 Pfg. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

Am Hammelmarkt, der übrigens seit einigen Monaten erfolgreich auch mit Hammeln aus Süddeutschland beschickt wird, zeigte sich verhältnißmäßig wenig Kauflust, weshalb die Preise von voriger Woche nicht erzielt werden konnten und ziemlich Ueberstand verbleibt. Man zahlte für beste Qualität 41—50 Pfg., geringere Qualität 30—40 Pfg. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

Verantwortlicher Redakteur: M. Stevers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 5. Dezember. Die Berichte der Präfekten konstatiren übereinstimmend den günstigen Eindruck, welchen die Wahl Sadi Carnots in den Departements hervorgerufen hat.

Den Abendsblättern zufolge ist es unwahrscheinlich, daß die Bildung des neuen Kabinetts bereits morgen erfolgt. Im Allgemeinen nimmt man an, daß das Kabinet in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht erhalten bleiben werde, daß aber die Chefs einiger Ressorts in das neue Ministerium eintreten. Wie bis jetzt verlautet, würde der Präsident Goblet ersuchen, das neue Kabinet zu bilden.

Rom, 5. Dezember. Deputirtenkammer. Auf Anfragen mehrerer Deputirter wegen des Erbbüchens in Kalabrien erklärte der Ministerpräsident Crispi, es sei sofort Hilfe abgesandt worden. Die Municipalität von Rom habe 10,000 Frcs. gespendet. Nach den letzten Telegrammen seien in Bisignano 900 Häuser eingestürzt, 22 Personen getödtet und 60 verwundet worden. Der Schaden belaufe sich ungefähr auf 1 Million Frcs.

Rom, 5. Dezember. (Telegramm der „Agence Stefani“.) Aus Massawa von gestern wird gemeldet, daß daselbst ein Abgesandter des Scheichs Saleh Ahmed, Häuptlings der Badas, eingetroffen, um gegen den Stamm der Maders Beschwerde zu führen und die Intervention resp. die Rathschläge der Italiener zur Pazifizierung dieses Stammes nachzusuchen.

Die Abessinier fahren thätiger denn je fort, das Gebiet auszuforschen, um sich über die Bewegungen der italienischen Truppen zu unterrichten. Der Stamm der Hababos, die sich Kassalas zu bemächtigen versuchten, wurde von den Barakas, die gegenwärtig Herren von Kassala sind, vollständig geschlagen. Der Negus, welcher von den Italienern, dem König Menelik und den Dornischen bedroht wird, ist unentschieden, gegen welchen Feind er sich zunächst wenden soll.

Kopenhagen, 5. Dezember. Der Reichstag ist heute wieder zusammengetreten.

Sofia, 5. Dezember. Die Prinzessin Clementine empfing gestern die Vertreter Österreichs, Englands, Griechenlands und Serbiens.

Briefkasten.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß anonyme Anfragen unberücksichtigt bleiben. — L. W. Köslin. Die Sache gehört vor das Verwaltungs-Gericht. — J. M. hier. Eine derartige Beschränkung steht im Widerspruch mit dem Vereinsgesetz und den neuesten Erkenntnissen des Reichsgerichts; richten Sie Ihre Beschwerde an die Regierung, dieselbe wird nicht ohne Erfolg sein. — E. Sch., G. u. K. Wir glauben nicht, daß ein Widerspruch gegen das Mandat Erfolg haben wird, denn die Laterne soll so besetzt sein, daß ein Herunterfallen derselben unmöglich ist, also würde den Führer des Wagens immer die Schuld treffen.

Gebildeten Mädchen aus allen Ständen bietet billige Ausbildung als Krankenpflegerinnen und sorgenfreie Anstellung das Krankenpflege-Institut vom Rothen Kreuz des Vaterländischen Frauen-Vereins in Cassel, Königs-
thor Nr. 38 1/2.